

ANFRAGE

der Abgeordneten Gabriele Binder
und GenossInnen

an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
betreffend zunehmender Schwerverkehr auf Nebenstraßen seit Einführung der LKW-Maut

Seit Einführung der Autobahnmaut wird die Bevölkerung entlang einiger Nebenstraßen in Österreich durch einen rapiden Zuwachs von Schwerverfahrzeugen belastet, die an Tagen der Kontrolltätigkeit sich mittels Funk warnen und den Weg über die Bundes- bzw. Landesstraßen wählen, um der LKW-Maut und den LKW-Kontrollen zu entkommen. Dies bedeutet nicht nur einen Entfall der Autobahnmaut, sondern vor allem eine schwere Umweltbelastung durch Abgase und Lärm in den Orten entlang der Nebenstraßen.

Im Mostviertel sind u.a. Gemeinden wie Oed-Öhling und Strengberg entlang der B1 zwischen Armstetten und St. Valentin besonders vom zunehmenden Schwerverkehr durch die Ortschaften betroffen. Für eine effektive Lösung des Problems fehlen einerseits die geeigneten rechtlichen Grundlagen, andererseits das Personal der Gendarmerie, das für die Kontrolle und Überwachung notwendig ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie folgende

Anfrage:

1. Wie viele solche Fälle in Österreich sind Ihnen bekannt?
2. Gibt es Berechnungen, wie viele Menschen insgesamt in Österreich von diesem Problem betroffen sind?
3. Gibt es Berechnungen, wie viele Schwerverfahrzeuge täglich den Weg über eine Nebenstraße wählen, um der LKW-Maut zu entkommen?
4. Wenn ja – wie viel an Maut-Einnahmen geht dadurch verloren?
5. Welche Maßnahmen haben Sie bisher zur Beseitigung dieses Problems gesetzt?
6. Welche gesetzlichen Möglichkeiten stehen derzeit zur Verfügung, um das Problem des zunehmenden Schwerverkehrs auf den Nebenstraßen in Österreich einzudämmen?
7. Welche weiteren Maßnahmen diesbezüglich sind seitens Ihres Ministeriums geplant?
8. Ab wann werden diese Maßnahmen greifen?
9. Welche weiteren Maßnahmen sind seitens der Bundesländer in dieser Sache geplant?

10. Welche Maßnahmen empfehlen Sie den BürgermeisterInnen der betroffenen Gemeinden zu setzen, um den Schwerverkehr auf den Nebenstraßen einzudämmen?
11. Welche Maßnahmen schlagen Sie den Bezirkshauptmannschaften vor?
12. Welche Maßnahmen empfehlen Sie der Gendarmerie in diesen Regionen zu ergreifen?
13. Sind Sie bereit, eine Diskussion mit den betroffenen Menschen und Behörden vor Ort im Mostviertel über die Situation zu führen?
14. Wenn ja – wann werden diese Gespräche stattfinden?



Pr. Ullrich
G. Heunisch-Hosek

